

**** Reichsbankagenturen in kleineren Städten** Die Errichtung von Bankagenturen der deutschen Reichsbank in kleineren Städten wird seitens der Bankverwaltung davon abhängig gemacht, daß die betreffende städtische Verwaltung die Verpflichtung übernimmt, bis zu einer gewissen Höhe für Alles aufzukommen, was der mit Genehmigung der städtischen Behörden bestellte Bankagent aus der Verwaltung dieses Amtes in Folge etwaiger Vernachlässigung seiner Pflichten gegen die Bank zu vertreten haben dürfte. Die Uebernahme dieser Verpflichtung halten nun manche städtische Behörden für bedenklich und es erscheint ihnen, da sie die gesammte Einwohnerschaft zu vertreten haben, ungerechtfertigt, für einen geringen Bruchtheil derselben, welcher den Bankkredit zu benutzen in der Lage ist, das nicht unbedeutende Risiko zu tragen. Andererseits unterliegt es keinem Zweifel, daß die Errichtung einer Reichsbank nicht nur den Handel- und Gewerbetreibenden, welche mit der Bank in Verkehr treten, direkte Vortheile gewährt, sondern auch durch Erleichterung des Geldverkehrs befruchtend auf das ganze Geschäftsleben wirkt, also für die ganze Einwohnerschaft von Werth ist. Die schlesische Stadt Brieg hat, der „B. B. Z.“ zufolge, aus dem Dilemma einen Ausweg gefunden, der eine durchaus billige Lösung der Frage enthält, wer die Verpflichtung der Bank gegenüber zu übernehmen hat. Nachdem nämlich der Versuch, die Bürgerschaft von der Stadt auf die Geschäftshäuser abzuwälzen, welche vorzugsweise die Bankagenturen benutzen, an der Weigerung der Bankbehörde gescheitert war, ist die Angelegenheit in der Weise geregelt, daß die Stadtgemeinde zwar die Bürgerschaft der Reichsbank gegenüber übernommen hat, sich jedoch von den beteiligten Firmen Rückbürgschaft leisten läßt. Da die Verpflichtung keine unbegrenzte ist, so hat es keine Schwierigkeiten, eine solidarische Rückbürgschaft der größeren Firmen zu beschaffen, und den kleineren Städten ist die Möglichkeit geboten, Bankagenturen zu erhalten, ohne das städtische Vermögen dabei auf's Spiel zu setzen.

**** Begehung der neuen preuß. Anleihe im Auslande.** Von London aus wird berichtet, daß in den letzten Wochen Seitens des deutschen Banquiers-Syndikates, welches im Frühjahr 1876 100 Millionen 4^otige preussische Anleihe fest übernommen hatte, Anfragen an Londoner Häuser gerichtet worden sind, die sich auf die Begehung eines größeren Betrages eben dieser Anleihe an englische Firmen beziehen. Die Nachricht ist an sich nicht unwahrscheinlich, da das betreffende Consortium, das mehr als 40 Millionen der Anleihe in verhältnißmäßig kurzer Zeit im Inlande fest klassirt hat, mit Recht danach strebt, das Abgabebiet für die preussischen Fonds im Allgemeinen zu erweitern, ein Unternehmen, dem man nur Gelingen wünschen kann. Ähnliche Unterhandlungen, welche in Amsterdam angeknüpft worden sind, dürfen der „B. B. Z.“ zufolge auch zu der vollständig falschen Nachricht, welche durch mehrere Blätter geht, Anlaß gegeben haben, daß die preussische Regierung mit holländischen Häusern wegen Uebernahme weiterer 100 Millionen 4 proc. Anleihe in Unterhandlung getreten sei. Die Ausgabe eines neuen Betrages von 100 Millionen preussischer Anleihe in nächster Zeit ist bisher durchaus nicht intendirt gewesen und dürfte auch für längere Zeit noch außer Betracht bleiben.

⊙ Dresden, 11. September. [Produktenbericht von Gustav Bobreker.] Seit meinem letzten Bericht war das Wetter sehr veränderlich, heute ist der Himmel klar. Von heutiger Börse ist nichts Wesentliches zu berichten, das Geschäft bleibt träge und große Umsätze fanden nicht statt. Weizen und Roggen in schöner neuer Waare ist leicht an den Mann zu bringen. Braugerste wurde wenig gehandelt. Futtergerste und Hafer bleibt stark offerirt. Mais gefragt. Bei mäßigen Offerten bleibt gute Meinung für Delaaten, die schlank zu platzen sind. Mehl ist gut verkäuflich. Die Preise sind gegen letzte Notirungen unverändert.

Lokales und Provinzielles.

Posen 12. September.

r. Unfall. Eine Schülerin der Luisenschule, ein 14jähriges Mädchen, fiel gestern auf dem Wege von der Schule nach Hause auf dem Alten Markte nieder und sprengte sich dabei die eine Kniekehle.

r. Den Droschkenbesitzern ist bekannt gemacht worden, daß die Droschkenfuhrer nach § 8 d der Polizeiverordnung, betr. den Betrieb des Droschkenfuhrwesens in der Stadt Posen, vom 28. Mai 1873, mit den vorschriftsmäßigen Mänteln von dunkelblauem oder dunkelgrauem Tuche mit langem Kragen und Umschlagtragen mit schmaler Silbertresse versehen sein müssen.

§ Diebstähle. Das Dienstmädchen eines hiesigen Kaufmanns hat gestern ihrem Dienstherrn eine Weste gestohlen. Die Diebin ist verhaftet worden. — Verhaftet wurde eine Frau von hier, bei welcher ein Plaid gefunden worden ist, über dessen redlichen Erwerb sie sich nicht auszuweisen vermochte. — Gestern wurde einer auf der Mühlenstraße wohnenden Dame eine goldene Ankeruhr mit schwarzer seidener Schnur im Werthe von 225 M. gestohlen. — In den letzten Tagen der vorigen Woche wurde einer jungen, am Wilhelmplatz wohnenden Dame aus verschlossenem Schreibsekretär ein Bernsteinkreuzchen, bestehend aus einzelnen runden Theilen, welche in Gold gefaßt sind, und ein gelbseidenes Tuch gestohlen.

§ Verhaftet wurde in der Nacht vom 11. zum 12. d. Mts. ein Arbeiter, welcher sich in angetrunkenen Zustande auf eine Treppe vor einem Hause auf der Schifferstraße gesetzt hatte und dort eingeschlafen war; der Wächter bemerkte den Schlafenden, weckte ihn auf und erklärte ihm, daß er ihn verhafte. Der Arbeiter soll sich der Verhaftung angeblich widersetzt haben, weil er keinen Grund zu derselben einseh, wurde aber doch schließlich ins Polizeigewahrsam geschafft.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Jul. Wasner in Posen.

12. September.

Mylius' Hotel de Dresde. Die Rittergutsbes. Martini aus Lufowo, Saratschin nebst Frau aus Ritschigka, Sperling aus Rifowo, Strizewski aus Wolgowo und Lange aus Gr. Rybno. Die Kaufleute Conrad und Koch aus Offenbach und Pollack aus Berlin. Gutsbesitzer Hampel aus Pinfendorf. Inspektor Böttcher aus Berlin. Rentier Sperling aus Schrimm.

Grand Hotel de France. Die Rittergutsbes. v. Brodnicki aus Nieswiaslowie, v. Bawrowski nebst Familie und Dobrowolski nebst Frau aus Polen, Graf Storzewski und Paten aus Moskowl. Kaufmann Toboll aus Schneidemühl.

Buckow's Hotel de Rome. Die Rittergutsbes. Jffland und Sohn aus Pietrowo, Sepner nebst Frau aus Jaragowo und Zawadzki nebst Frau aus Ostrowo. Pfarrer Winkler nebst Frau aus Girschfeld. Baumeister Grandjuen aus Posen. Major a. D. Lindpaintner aus Wiesbaden. Die Kaufleute Wallmann aus Baugen, Edelhof aus Solingen, Gruno aus Berlin, Reimüller aus Stuttgart, Kliner aus Breslau, Lenzberg aus Bielefeld, Lange aus Berlin, Noesner aus Winterwalterdorf, Grasselt aus Leipzig und Meyfel aus Frankfurt a. M. Baumeister Giese aus Tremessen.

Tilsners Hotel, Nachfolger Bogelsang. Die Kaufl. Ostycha aus Reisse, C. Goldstein und Luxemburg aus Breslau, Heime aus Stettin, Hildebrandt aus Hamburg und Dombsti aus Berlin. Student Michaeli aus Berlin. Wirthschaftsinspektor Czajkowski aus Swinary.

Scharffenberg's Hotel. Oberamt. Krieger aus Landsberg a. W., Florinsh aus Dobornik, Krein aus Pudewitz und Fürstenthal aus Berlin. Freischulzengutsbesitzer Eduard Johns aus Tularny. Frau Schwentes aus Slonow. Fr. Friske aus Kosnowall. Rittergutsbesitzer Scheffler aus Dwiecet. Gutsbesitzer Reiche aus Ranslau.

Hotel de Berlin. Inspektor Benzal aus Stettin. Die Kaufl. Zachelowski aus Nur. Goslin und Refurke aus Schweidnitz. Probst Kozelski aus Schmiegel. Fr. Matkow aus Schroda. Rentier Leon Zenowski aus Sudow. Theater-Musikus Riewert aus Warschau.

Keilers Hotel. Die Kaufleute Jacoby aus Neuenburg, Rosenberger aus Landsberg a. W., Lesker und Lewin aus Rogasen, Drustein aus Posen, Jacobsohn aus Filehne, Marcus aus Pinne, Witkowski, Bonn und Friedländer aus Reutomschel, Jaroschinski aus Plejchen und Stargardt aus Schwerin a. W., Frau Fabian aus Graudenz.

Telegraphische Nachrichten.

London, 12. September. Lord Derby empfing zwei Deputationen, die erste von Georges Potter, die zweite von den Leitern der Workingmens Peux Society geführt. Auf Georges Potters Ansprache erklärte Derby, die gegenwärtige Agitation in England sei gefahrdrohend. Die auf den Meetings vorgebrachte Anschuldigung, England sei mitverantwortlich für die türkischen Grausamkeiten, werde im Auslande wiederholt und habe sogar Glauben gefunden. Gründe für die Aufrechterhaltung der territorialen Integrität der Türkei existirten nach wie vor. Die Existenz der Türkei könne heute nicht leichter ohne Krieg vernichtet werden, als früher, und wenn England in Folge der gegenwärtigen Agitation oder anderer Gründe veranlaßt würde, ihre Bestrebungen zu Gunsten der Türkei aufzugeben, so könne dies nur zum eigenen Nachtheil Großbritanniens geschehen. Die Türkei sei nicht gleichartig. In England widerspreche Niemand der Ausdehnung der Autonomie auf die türkischen Provinzen, indessen stoße dieselbe auf bedeutende lokale Schwierigkeiten. In Gemeinschaft mit den Mächten müßten alle nur möglichen Anstrengungen gemacht werden, um thynlichst bald einen Waffenstillstand und anschließend daran Friedensunterhandlungen herbeizuführen. Es handle sich jetzt zunächst darum, ein allgemeines Einverständnis unter den Großmächten zu erzielen. Die Unterhandlungen seien gegenwärtig noch im Gange, dies lege ihm die Verpflichtung auf, mit Aeußerungen darüber zurückzuhalten. Bezüglich der türkischen Grausamkeiten erklärte Derby formell, daß das eine oder andere Mittel angewendet werde, um die Uebelthäter zu bestrafen, und bestimme eine Wiederholung der Grausamkeiten zu verhindern. Sodann bezeichnete Derby den Vorschlag, die Türkei gänzlich aus Europa zu vertreiben, welcher ebenfalls bei der Agitation vorgebracht sei, als unausführbar. Derselbe würde einen allgemeinen Religionskrieg hervorrufen, welcher noch viel schrecklichere Greuelthaten im Gefolge haben müßte. Gegenüber der zweiten Deputation wiederholte Derby, England habe das berliner Memorandum abgelehnt, weil es unausführbar erschienen sei. Die britische Flotte solle nicht aus der Besikabay zurückberufen werden. Schließlich sprach Derby, in Uebereinstimmung damit, daß Bulgarien eine schuldige Genugthuung erhalte, aus, England habe ein Recht, formelle Garantien gegen die Wiederholung der Grausamkeiten zu verlangen.

Konstantinopel, 11. September. Von gut unterrichteter Seite versichert man, daß eine Eröffnung seitens der Pforte betreffs des Waffenstillstandes und der Mediation noch nicht erfolgt sei. Der Ministerrath sei vielmehr noch mit der Berathung der Angelegenheit beschäftigt.

Druck und Verlag von W. Deder & Co. (E. Köstel) in Posen.